



HESSISCHER LANDTAG

05.11.2010

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und der FDP
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)
Drucksache 18/2674**

Einzelplan 05 Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 3

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bereitstellung Rechtsprechungspotenzial Amtsgerichte

Erfolgsplan:

Beträge in EUR

Pos. lt. Erfolgsplan	Bezeichnung	von	um	auf
5-8	Betriebsaufwand	441.685.800	+412.000	442.097.800
6	- Sonstiger Personalaufwand	354.940.200	+412.000	355.352.200
9 - 10	Steuererträge und Leistungsabgeltung	4.976.200	+412.000	5.388.200

Kameraler Haushaltsabschluss:

Beträge in EUR

Einnahmen		von	um	auf
Hauptgruppe	2	1.535.500	+412.000	1.947.500
Ausgaben				
Hauptgruppe	4	308.033.500	+412.000	308.445.500

Plan-/Stellenveränderungen:

Neue Plan-/Stellen Weggefallene Plan-/stellen	von	um	auf
A 3 Justizoberwachmeisteranwärter	20,0	-10,0	10,0
Tarifbeschäftigte mittlerer Dienst Der Haushaltsvermerk wird wie folgt angepasst: 50 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden.	1.768,5	+10,0	1.778,5

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die hessische Justiz verfügt über 5 Mikrofilmstellen, die Mitte der 80-er Jahre eingerichtet wurden. Hierdurch wurden 34 zukunftsorientierte Arbeitsplätze für schwer behinderte Menschen geschaffen. Des Weiteren werden auf diesem Wege Aktenmaterial auf Mikrofilm gesichert und Archivräume freigesetzt.

Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Mikrofilmstellen bedarf es einer Personalverstärkung im Bereich der Vorbereitung des Scan-Materials. Hierdurch können mehr Akten eingescannt und archiviert werden, so dass Lagerkapazitäten weiter reduziert werden können und der Gefahr von Schimmelbefall von Akten in Archivräumen vorgebeugt werden kann. Darüber hinaus wird auf diesem Wege die Möglichkeit geschaffen, weitere 10 Arbeitsplätze für schwer behinderte Menschen zur Verfügung zu stellen.

Die entstehenden Personalkosten sollen durch Fördergelder der Bundesagentur für Arbeit und des Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Schwerbehindertensangelegenheiten vollständig kompensiert werden.

Durch Umwandlung von 10 Stellen für Justizoberwachmeisteranwärter wird der Stellenbestand des Einzelplans 05 insgesamt nicht verändert.

Wiesbaden, 04.11.2010

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende
Dr. Christean Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende
Florian Rentsch